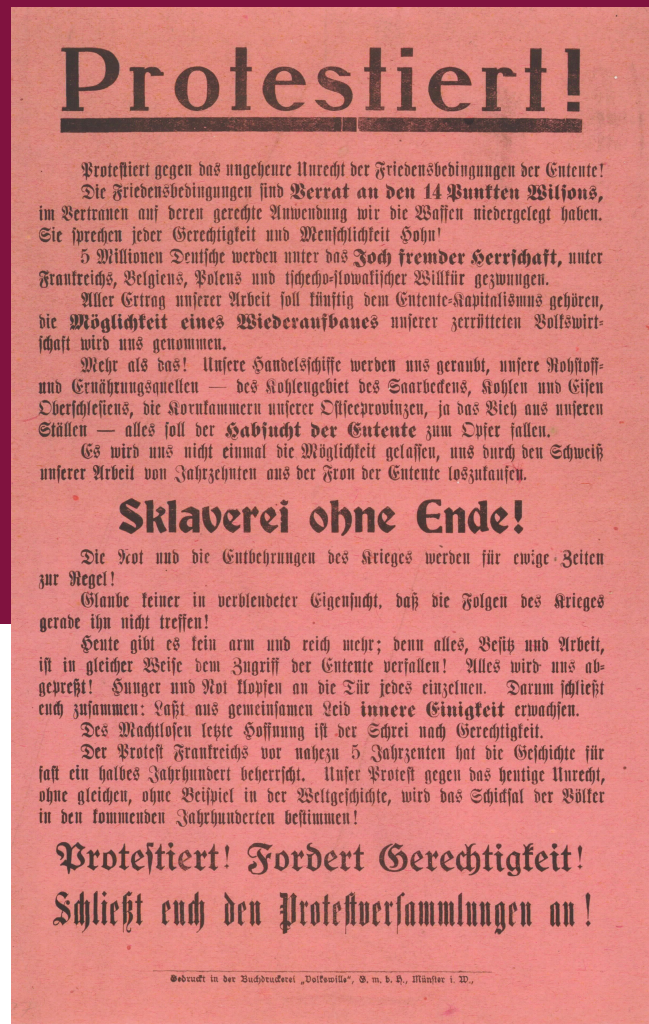


Archivquellen für den Unterricht



Reaktionen auf die Pariser Friedensverhandlungen 1919

(Thema: Das Ende des Ersten Weltkriegs und des Kaiserreichs)

Reaktionen auf die Pariser Friedensverhandlungen 1919 (Thema: Das Ende des Ersten Weltkriegs und des Kaiserreichs)

Vorbemerkung für Lehrkräfte:

Eine Beschäftigung mit der Wahrnehmungsgeschichte des Versailler Friedensvertrags kann zu der Erkenntnis führen, dass die Bewertung von vergangenen Ereignissen immer abhängig vom eigenen Standpunkt war und ist. In der jungen Weimarer Republik fiel es vielen Deutschen schwer, die Kriegsniederlage zu akzeptieren. Die harten Friedensbedingungen prägten das Leben der Menschen und damit auch die Wahrnehmung des Kriegsendes und seiner Folgen. Die ausgewählte Quelle soll auch verdeutlichen, dass es eine „richtige“ Wahrnehmung des Versailler Friedensvertrags nicht gab, sondern seine Bestimmungen und seine Folgen damals umstritten waren und heute eine differenzierte historische Bewertung erfordern.

Für den gymnasialen Geschichtsunterricht bietet in der Sekundarstufe I das Inhaltsfeld 6: „Imperialismus und Erster Weltkrieg“ inhaltliche Anknüpfungsmöglichkeiten. Als Sachkompetenz wird von den Schülerinnen und Schülern gefordert, gesellschaftspolitische Sichtweisen auf den Verlauf und die Inhalte der Pariser Friedensverträge zu erläutern. Im Vorgriff auf Inhaltsfeld 7: „Weimarer Republik“ lernen die Schülerinnen und Schüler Belastungsfaktoren der Weimarer Republik kennen. Ähnlich konkretisierte Sachkompetenzanforderungen werden im Lehrplan für die Realschule in Unterrichtsvorhaben 9 formuliert.

In der gymnasialen Qualifikationsstufe bietet sich eine Thematisierung im obligatorischen Inhaltsfeld 7: „Friedensschlüsse und Ordnungen des Friedens in der Moderne“ an. Dieses nimmt im zeitlichen Längsschnitt Friedensverhandlungen und deren jeweilige Wirkung und Rezeption in den Blick. Einen inhaltlichen Schwerpunkt stellt die „internationale Friedensordnung nach dem Ersten Weltkrieg“ dar, dem als Lernziele zugeordnet sind, die Grundsätze des Friedens von 1919 und dessen Folgeerscheinungen erklären sowie die Stabilität der Friedensordnung von 1919 beurteilen zu können.

Im Stadtarchiv sind verschiedenste Quellen von Akten über Zeitungen oder Plakaten bis zu Fotos für die Beschäftigung mit dem Ersten Weltkrieg und dem Übergang in die Weimarer Republik nutzbar. Außerdem bietet das Stadtarchiv archivpädagogische Angebote zum Themenblock Frieden und Friedensverhandlungen in Münster im historischen Längsschnitt seit der Frühen Neuzeit an

Impressum

Herausgeberin: Stadt Münster

- Stadtarchiv -

Münster 2021

Protestiert!

Protestiert gegen das ungeheure Unrecht der Friedensbedingungen der Entente!

Die Friedensbedingungen sind **Verrat an den 14 Punkten Wilsons**, im Vertrauen auf deren gerechte Anwendung wir die Waffen niedergelegt haben. Sie sprechen jeder Gerechtigkeit und Menschlichkeit Hohn!

5 Millionen Deutsche werden unter das **Joch fremder Herrschaft**, unter Frankreichs, Belgiens, Polens und tschecho-slowakischer Willkür gezwungen.

Aller Ertrag unserer Arbeit soll künftig dem Entente-Kapitalismus gehören, die **Möglichkeit eines Wiederaufbaues** unserer zerrütteten Volkswirtschaft wird uns genommen.

Mehr als das! Unsere Handelsschiffe werden uns geraubt, unsere Rohstoff- und Ernährungsquellen — des Kohlengebiet des Saarbeckens, Kohlen und Eisen Oberschlesiens, die Kornkammern unserer Ostseeprovinzen, ja das Vieh aus unseren Ställen — alles soll der **Habsucht der Entente** zum Opfer fallen.

Es wird uns nicht einmal die Möglichkeit gelassen, uns durch den Schweiß unserer Arbeit von Jahrzehnten aus der Fron der Entente loszukaufen.

Sklaverei ohne Ende!

Die Not und die Entbehrungen des Krieges werden für ewige Zeiten zur Regel!

Glaube keiner in verblendeter Eigensucht, daß die Folgen des Krieges gerade ihn nicht treffen!

Heute gibt es kein arm und reich mehr; denn alles, Besitz und Arbeit, ist in gleicher Weise dem Zugriff der Entente verfallen! Alles wird uns abgepreßt! Hunger und Not klopfen an die Tür jedes einzelnen. Darum schließt euch zusammen: Laßt aus gemeinsamen Leid **innere Einigkeit** erwachsen.

Des Machtlosen letzte Hoffnung ist der Schrei nach Gerechtigkeit.

Der Protest Frankreichs vor nahezu 5 Jahrzehnten hat die Geschichte für fast ein halbes Jahrhundert beherrscht. Unser Protest gegen das heutige Unrecht, ohne gleichen, ohne Beispiel in der Weltgeschichte, wird das Schicksal der Völker in den kommenden Jahrhunderten bestimmen!

Protestiert! Fordert Gerechtigkeit!

Schließt euch den Protestversammlungen an!

Erklärungen

Entente	Das französische Wort für „Bündnis“ meint in diesem Fall das Bündnis der Siegermächte des Ersten Weltkriegs: Frankreich, Vereinigtes Königreich, USA, Italien.
Die 14 Punkte Wilsons	US-Präsident Woodrow Wilson hatte vor Beginn der Verhandlungen in einem 14-Punkte-Programm seine Grundsätze für eine Nachkriegsordnung veröffentlicht. Zentral war für ihn die Idee eines Selbstbestimmungsrechts aller Völker, das auch zur Gründung des Völkerbunds 1919 führte.
Fron	Der Frondienst war die Arbeit eines unfreien Bauern für seinen Grundherrn und bezeichnet im übertragenen Sinn eine aufgezwungene, leidvolle Aufgabe.
Protest Frankreichs vor nahezu 5 Jahrzehnten	48 Jahre vor den Friedensverhandlungen fand in Versailles 1871 die Kaiserkrönung Wilhelms I. nach dem Sieg über Frankreich und nach der Reichsgründung statt. Frankreich musste außerdem größere Gebiete im Elsass und in Lothringen an den deutschen Kaiser abtreten, außerdem Reparationen zahlen. Sowohl die Gebietsabtretungen als auch die Kaiserkrönung im Schloss Versailles betrachteten viele Franzosen als bewusste Demütigung und Provokation.

Vorschläge für Arbeitsaufträge

Beschreibt auf Grundlage der Quelle, was die deutschen Zeitgenossinnen und Zeitgenossen an den Friedensbedingungen 1919 kritisierten.

Diskutiert, mit welchen Motiven die Verfasser zur Teilnahme am Protest aufriefen.

Ordnet das Plakat in die allgemeine politische Entwicklung vor und nach 1919 ein:

- o Weshalb haben die Siegermächte nach dem Ersten Weltkrieg auf ihre umfassenden, teils unerfüllbaren Forderungen bestanden?
- o Unter welchen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedingungen lebte ein Großteil der deutschen Bevölkerung nach dem Ende des Ersten Weltkriegs?
- o Die Verfasser stammten aus dem Umfeld der SPD, die die Weimarer Demokratie befürwortete. Welche anderen politischen Gruppierungen könnten ebenfalls Kritik an den Friedensverträgen geäußert haben?
- o Auf welche Art und Weise könnten solche Aufrufe das politische Klima in der jungen Weimarer Demokratie beeinflusst haben?

Historische Einordnung

Am 28. Juni 1919 unterzeichneten die Siegermächte des Ersten Weltkriegs: Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan und die USA mit 22 weiteren Staaten einen Friedensvertrag, dem die Verliererstaaten um das Deutsche Reich faktisch alternativlos zustimmten. Er trat am 10. Januar 1920 in Kraft. Unter Eindruck der bis dahin nicht gekannten Leiden weiter Bevölkerungskreise in Europa und dem millionenfachen Tod auf den Schlachtfeldern hatten die Siegermächte, Entente genannt, die moralische Alleinschuld am Kriegsausbruch bei den Deutschen gesehen. Auf dieser Überzeugung beruhten ihre Forderungen während der Versailler Friedenskonferenz seit Anfang 1919.¹ Anders als bei vielen Friedensverträgen zuvor waren die Verlierer nicht zu den Verhandlungen eingeladen, gab es keine Zugeständnisse und blieb ihnen nur die bedingungslose Annahme aller Forderungen der Sieger.

Dazu gehörten der Ausschluss Deutschlands aus dem Völkerbund, größere Gebietsabtretungen an die Nachbarstaaten Belgien, Frankreich, Polen und die Tschechoslowakei, außerdem der Verlust aller Kolonien, die Demilitarisierung und umfassende, kaum zu bezahlende Entschädigungsleistungen. Die Forderungen stießen bei der überwiegenden Mehrheit der deutschen Politiker und der deutschen Bevölkerung auf Empörung und Wut. In den folgenden Jahren der Demokratie blieb das politische Klima genauso wie die Beziehung zu den Nachbarländern wegen des verhassten „Schandfriedens“ vergiftet. Jegliche Kriegsschuld wiesen viele Deutsche von sich, sprachen vom „Schandfrieden von Versailles“ und wünschten sich die verloren gegangenen Gebiete zurück. Den Nationalsozialisten sollten die Friedensbedingungen in den nächsten Jahren immer wieder einen willkommenen Anlass für ihre Propaganda bieten.

Nachdem die deutsche Delegation am 7. Mai 1919 den Vertrag erhalten hatte, erhob sich überall im Deutschen Reich ein Sturm der Empörung aufgrund der harten Bedingungen und wegen des Vorwurfs der alleinigen Kriegsschuld der Deutschen. Die Tageszeitungen berichteten ausführlich über die Friedensbedingungen, Politiker aller Parteien oder Vertreter verschiedenster gesellschaftlicher Gruppen hielten emotionale Reden und in vielen Städten kam es zu Kundgebungen.² Neben wütenden Protesten brachten Parteien oder Organisationen Alternativvorschläge ein, die von den Alliierten nicht angenommen wurden. Sie beharrten auf der bedingungslosen Annahme aller Forderungen. Das geschah am 23. Juni 1919 durch die Nationalversammlung, die in Weimar tagte.

Die Bedingungen und Vorgaben der Versailler Friedensverträge rückgängig zu machen, galt vielen politischen Parteien in der Weimarer Republik als wichtiges Ziel. Zunehmend setzte sich in den 1920er Jahren eine nationalistische und revanchistische Überzeugung durch, die die Rückgängigmachung des Versailler Friedens forderte. Vor allem Rechtskonservative, Nationalsozialisten oder Militärs machten die junge Demokratie für den Friedensvertrag verantwortlich und deuteten ihn zusammen mit der so genannten Dolchstoßlegende als Ursprung allen gesellschaftlichen und politischen Übels der Weimarer Republik. Auch die Milderungen seit 1923 und die faktische Aussetzung der Reparationszahlungen 1932 änderten nichts an diesen Einstellungen.³ Die Nationalsozialisten knüpften letztlich erfolgreich an diese Propaganda an. Es waren jedoch nicht die Friedensbedingungen, die die Machtübernahme der Nationalsozialisten erklären, sondern eine Vielzahl an Ermöglichungsfaktoren, zu denen zentral die Abneigung vieler deutscher Nationalisten gegenüber der Demokratie zählte.⁴

[1] Vgl. Peter Hoeres, Versailler Vertrag: Ein Frieden, der kein Frieden war, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), Pariser Friedensordnung (= aus Politik und Zeitgeschichte 15 (2019), S. 38-44.

[2] Eckart Conze, Die große Illusion. Versailles 1919 und die Neuordnung der Welt, München 2018, S. 479.

[3] Eberhard Kolb, Der Frieden von Versailles, München 2011, S. 100f.

[4] Vgl. Eckart Conze, „Versailles“ als Propagandawaffe gegen die Weimarer Republik, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), Pariser Friedensordnung (= aus Politik und Zeitgeschichte 15 (2019), S. 45-49.

Zur Quelle: Protestiert!

Das Plakat ist minimal größer als das bekannte DinA4-Format und wurde 1919 in der Druckerei "Volkswille" produziert. Diese Druckerei trug denselben Namen wie eine der SPD nahestehende Tageszeitung. Diese Zeitung hatte ihre Hauptgeschäftsstelle in Hannover und erschien in verschiedenen Regionalausgaben. Die Druckerei "Volkswille" war im Gewerkschaftshaus in Münster untergebracht, in der die Geschäftsstelle der SPD-Ortsgruppe und des Gewerkschaftsbunds sowie eine Gewerkschaftsbibliothek und eine Filiale der "Arbeiterbank" ihren Sitz hatten. Deshalb ist davon auszugehen, dass auch dieses Plakat aus dem sozialdemokratischen, gewerkschaftlichen Milieu stammt.

Das Plakat ruft zur Teilnahme an einer Protestversammlung gegen die Friedensbedingungen der Entente auf, die während der Versailler Friedenskonferenz artikuliert wurden. Vermutlich hat diese Protestveranstaltung in den Tagen nach der Bekanntgabe der Friedensbedingungen am 7. Mai 1919 stattgefunden. Das Plakat endete mit einem Aufruf: "Protestiert! Sklaverei ohne Ende! Schließt euch den Protestversammlungen an!"

Tatsächlich gab es in Münster wie in vielen anderen deutschen Städten vor allem im Mai 1919 solche Protestveranstaltungen oder Demonstrationen gegen die Friedensbedingungen der Siegermächte. Inwieweit neben der SPD und den Gewerkschaften auch weitere Parteien zur selben Kundgebung mobilisierten, bleibt unklar. Beispielsweise am 18. Mai 1919 organisierte auch die Zentrumsparterie eine Volksversammlung zur Diskussion der kurz vorher veröffentlichten Friedensentwürfe.¹ Die Tageszeitungen berichteten von vielen Protesten überall im Deutschen Reich und bezogen selbst eindeutig und empört Stellung zu den Inhalten des Friedensvertrags.

Anfang des Jahres 1919 hatten noch die Wahlen zur Nationalversammlung, zum preußischen Landtag und zur Stadtverordnetenversammlung stattgefunden. Auch in diesen politischen Gremien war die Entrüstung groß. In Münster blieb das Zentrum als Partei des vorherrschenden katholischen Milieus stärkste Kraft. Dennoch sollten in den folgenden Jahren vermehrt politische und wirtschaftliche Krisen auftreten. Auf der einen Seite führten Probleme bei der Nahrungsmittelversorgung oder Wohnungsnot zu handfesten Auseinandersetzungen und Streiks, auf der anderen Seite schädigten politische Debatten etwa über die Versailler Friedensbedingungen das gesellschaftliche Klima und stärkten rechtsradikale Kräfte auch in Münster.²

Auch in den Folgejahren empfanden viele Münsteranerinnen und Münsteraner den Versailler Vertrag als ungerecht und demütigend. Zur mahnenden Erinnerung, vielleicht mitunter auch revanchistisch motiviert, benannte die Stadt seit 1920 insgesamt 15 Straßen nach den Gebietsverlusten, die aus dem Friedensvertrag resultierten: etwa den Straßburger Weg oder die Elsässer Straße.

Das Verlagshaus des "Volkswille" wurde im Juni 1923 von rechtsradikalen Tätern in die Luft gesprengt aus Protest gegen deren kritische Berichterstattung über den so genannten Ruhrkampf. Der Anschlag gegen die sozialdemokratische Minderheit in Münster dürfte in Teilen auf Zustimmung oder Verständnis in der Bevölkerung gestoßen sein.³ 1933 lösten die Nationalsozialisten alle gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Organisationen auf und beschlagnahmten ihren Besitz. Das betraf auch die Druckerei "Volkswille" in Münster.

[1] Vgl. Münsterischer Anzeiger v. 15.5.1919.

[2] Vgl. Hans-Ulrich Thamer, Stadtentwicklung und politische Kultur während der Weimarer Republik, in: Franz-Josef Jakobi (Hg.), Geschichte der Stadt Münster, Band 2, Münster 1993, S. 219-284, hier S. 230f.

[3] Vgl. Hans-Ulrich Thamer, Stadtentwicklung und politische Kultur während der Weimarer Republik, in: Franz-Josef Jakobi (Hg.), Geschichte der Stadt Münster, Band 2, Münster 1993, S. 219-284, hier S. 237.